

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hameln
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden – Christen – Deutsche

- Die Evangelische Kirche in Deutschland stellt sich klar gegen Antisemitismus. Unter dem Titel "Antisemitismus - Wir haben etwas dagegen!" haben die Evangelische Kirche in Deutschland, die Union Evangelischer Kirchen in der EKD und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands eine Broschüre herausgegeben. Das zwölfseitige Faltblatt wendet sich speziell an junge Leute und will gegen Vorurteile ankämpfen. Die Evangelische Kirche zeigte sich über jüngste antisemitische Entwicklungen besorgt. Gerade der Nahost-Konflikt würde für antisemitische Vorurteile ausgeschlachtet. Antisemitismus schleiche sich ein, wenn sich mit Kritik an der Politik des Staates Israel eine Verurteilung und Ablehnung der Juden verbinde. (apd 2.10.2006)
- Eine internationale Historiker-Tagung befasst sich in Rom mit dem umstrittenen Wirken des österreichischen Bischofs Alois Hudal (1885-1963). Anlass des zweitägigen Symposions ist die Öffnung des Hudal-Archivs im österreichisch-deutschen Nationalkolleg Santa Maria dell' Anima. Hudal war Rektor des Kollegs. Der aus der heute slowenischen Südsteiermark stammende Hudal hatte ursprünglich dem Nationalsozialismus nahe gestanden. In historischen Publikationen wird er der Fluchthilfe für Kriegsverbrecher bezichtigt. Zeitgleich gilt es als unstrittig, dass Hudal während der deutschen Besatzung Roms Juden und Kriegsgefangenen geholfen hat. Umstritten sind mehrere Veröffentlichungen über das Christentum und "das deutsche Volk" sowie die 1976 erschienenen "Römischen Tagebücher - Lebensbeichte eines alten Bischofs". In dieser Autobiografie bekannte er seinen Entschluss, nach 1945 seine "ganze karitative Arbeit" in erster Linie den früheren Anhängern des Nationalsozialismus und Faschismus zu widmen. Im Juli 1952 trat Hudal zurück, am 13. März 1963 starb er in Rom. Die Historiker-Tagung wird geleitet vom Präsidenten der Päpstlichen Historikerkommission, Walter Brandmüller. (kap) 5.10.2006
- Benedikt XVI. hat zur Zusammenarbeit der großen Schriftreligionen aufgerufen. "Juden, Christen und Moslems teilten viele gemeinsame Überzeugungen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche soziale und humanitäre Felder, auf denen wir zusammen arbeiten müssen", sagte der Papst bei einer Audienz für die jüdische Anti-Defamation-League (ADL) im Vatikan. Religionsvertreter, Politiker und Wirtschaftsbesitzer seien dazu verpflichtet, den Dialog zwischen Menschen und Kulturen zu verbessern, so der Papst. Dieser Dialog müsse nicht nur von Toleranz, sondern von gegenseitigem Respekt geprägt sein. Die Kirche missbillige jede Form von Antisemitismus, bekräftigte der Papst und erinnerte an das Konzilsdokument "Nostra aetate". Es verpflichte darauf, "Konflikte der Vergangenheit" zu überwinden und "neue Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit zu knüpfen". - Die ADL ist eine jüdische Bürgerrechtsorganisation, die sich gegen die Schlechterstellung bestimmter Volksgruppen wendet. Auch Johannes Paul II. hatte sie wiederholt in Audienz empfangen. (rv) 12.10.2006
- Die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, hat ein hartes Vorgehen gegen antisemitische und rechtsradikale Attacken gefordert. Der Vorfall in der Sekundarschule in Parey sowie der Abbruch eines Kreisklassenspiels in Berlin wegen antisemitischer Parolen der Zuschauer zeige, dass Antisemitismus und Rechtsextremismus in einigen Schichten der Bevölkerung fest verankert seien, sagte Knobloch in München. Wer dennoch weiterhin von bedauerlichen Einzelfällen spreche, verharmlose eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft. (rv) 16.10.2006
- Nach Polizeiangaben haben am Abend des 9. November 16 Rechtsextreme auf einer Gedenkstätte für die Opfer der Pogromnacht Blumengebilde durcheinander geworfen, „Sieg – Heil“ – Rufe skandiert und laut Zeugenaussagen gegen den Gedenkstein uriniert. „Solche Exzesse dürfen wir in Brandenburg nicht hinnehmen“, sagte Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck (SPD) am 10. November. Der Frankfurter Oberbürgermeister Patzelt (CDU) forderte mehr bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. (epd) 10.11.2006

- In München neue Synagoge eröffnet. Vor der Eröffnung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, ihre Glückwünsche zur Einweihung übermittelt. Dieses Ereignis sei nicht nur für München, sondern auch für die jüdische Gemeinschaft in ganz Deutschland und darüber hinaus von großer Bedeutung, heißt es in einem Schreiben Merkels. Knobloch und Bundespräsident Horst Köhler nahmen am Jahrestag des NS-Novemberpogroms an der Einweihung teil. Die israelitische Kultusgemeinde Münchens kehrt damit 68 Jahre nach der Zerstörung der einstigen Hauptsynagoge durch die Nazis wieder in die Stadtmitte zurück. (dw) 09.11.2006
- Christen sind die weltweit am stärksten von Diskriminierung und Verfolgung betroffene Religionsgemeinschaft. Unter den aus Glaubensgründen Verfolgten machen sie 80 Prozent aus. Das erklärte jetzt die Sprecherin für Menschenrechte der Unionsfraktion im Bundestag, Erika Steinbach. Nach ihren Angaben werden in mindestens 50 von etwa 200 Staaten der Welt täglich Kirchen zerstört, Christen diskriminiert, bedrängt und verfolgt. Das Ausmaß der Unterdrückung reiche von Benachteiligungen im privaten Umfeld und Behinderung von Religionsfreiheit und -ausübung über Bedrängung und Schikanen bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung, die nicht selten im Todesurteil ende. Vielfach seien Staaten nicht in der Lage oder nicht willens, ihrer Schutzpflicht gegenüber christlichen Staatsangehörigen gerecht zu werden. In zahlreichen Ländern - darunter Indonesien und Iran - habe vor allem die Radikalisierung des Islam zu einer Unterdrückung einheimischer Christen geführt. Der Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, Thomas Schirrmacher, glaubt, dass 75 Prozent aller wegen ihrer Religion Verfolgten in der Welt Christen sind. Bei den aus religiösen Gründen ermordeten Menschen seien es sogar mehr als 80 Prozent, sagte der Bonner Theologe und Menschenrechtler der "Welt am Sonntag". Die Verfolger kommen nach Einschätzung Schirrmachers keineswegs nur aus islamischen Gottesstaaten. Unterdrückt würden Christen auch im kommunistischen Machtbereich, etwa in China, Nordkorea und Vietnam. Der Institutsdirektor zeigte sich beunruhigt darüber, dass bisher religiös neutrale Staaten wie Indien, Malaysia oder Algerien die Religionsfreiheit ihrer Minderheiten massiv einschränkten. Als einen Grund für die weltweite Christenverfolgung sieht Schirrmacher den Pazifismus vieler Gemeinden. In Indonesien beispielsweise, wo im Schnitt täglich eine Kirche niedergebrannt werde, hätten sich viele Gemeinden entschieden, auf Gegengewalt zu verzichten. Damit würden sie zur "leichten Beute für Islamisten". Nicht unerheblich für die Gewalt sei auch das "phänomenale Wachstum des Christentums außerhalb Europas". Seit 1970 habe sich die Christenheit in Asien und Afrika verdreifacht. (idea/kna) 12.11.06
- Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hat den geplanten Bau einer Synagoge in Potsdam als weiteren Schritt zur Integration jüdischen Lebens in Brandenburg bezeichnet. Es sei wichtig für die Entwicklung der Stadt, dass sie einen solch würdigen Ort des Glaubens erhält, sagte Platzeck am Donnerstag im Potsdamer Nikolaisaal bei einer Spendengala für die neue Synagoge. Die Synagoge sollte sowohl an das reiche jüdische Erbe in Brandenburg als auch an die Schrecken des Nationalsozialismus erinnern und Sinnbild für das Wiedererwachen jüdischen Lebens im Land sein, sagte Platzeck. Zugleich mahnte der Regierungschef, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten. «Dass wir heute nicht ohne Sorgen sein können, zeigen die jüngsten Angriffe auf jüdische Gedenkstätten, zuletzt in Frankfurt (Oder) und Cottbus. Wir müssen gegen alle Formen des Antisemitismus und des Fremdenhasses mutig aufstehen», forderte Platzeck. Er erneuerte seinen Appell an die Brandenburger, sich am Samstag beim Tag der Demokraten in Halbe an den Protesten gegen den Neonazismus zu beteiligen. Zum geplanten Bau der Synagoge sagte Platzeck, mit dem Abschluss des Staatsvertrags zwischen der Jüdischen Landesgemeinde und dem Land sei auch die Unterstützung des Projekts festgeschrieben worden. Das gebe der Gemeinde eine rechtliche und finanzielle Perspektive für ihre Arbeit. Inzwischen habe sich ein Bauverein gegründet, in dem jüdische und nicht jüdische Bürger tätig seien. (ddp) 16.11.2006
- Die Öffnung des weltweit größten Holocaust-Archivs im nordhessischen Bad Arolsen rückt näher. Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes, das die Unterlagen verwaltet, haben inzwischen alle elf am Archiv beteiligten Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das die Grundlage für eine Öffnung legt. Das Archiv könnte ab Ende 2007 öffentlich zugänglich sein.

Die Öffnung des Archivs kann der Geschichtsschreibung neue Impulse geben, erklären Historiker. Zwar müsse die Geschichte der nationalsozialistischen Untaten zweifellos nicht neu geschrieben werden, sagt der Holocaust-Forscher Götz Aly: «Aber in vielen lebens-

geschichtlichen und lokalen Details ist doch Neues zu erwarten.» Vor allem die biografische, familien- und lokalhistorische Forschung werde neue Impulse erhalten, betont auch Dietfried Krause-Vilmar, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts für Holocaustforschung in Frankfurt am Main.

Daten über nicht weniger als 17,5 Millionen Naziopfer aus ganz Europa verwaltet das Arolser Holocaust-Archiv. Auf fahrbaren Aktenschränken stehen die Namen der nationalsozialistischen Tötungsfabriken, von A wie Auschwitz bis T wie Treblinka. Die Akten des Suchdienstes füllen Regale von knapp 26 Kilometern Länge. Mit einer heute geradezu aberwitzig erscheinenden Perfektion dokumentieren sie die nationalsozialistischen Verbrechen.

Das Einzigartige des Arolser Holocaust-Archivs ist nicht allein seine Größe. Wer etwas über das persönliche Schicksal eines nahen Angehörigen unter der Nazidiktatur erfahren will, kommt an den vom Roten Kreuz verwalteten Dokumenten nicht vorbei. Aus Datenschutzgründen wurde der Zugang zu dem Archiv in den vergangenen Jahrzehnten nur restriktiv gewährt. Die strikte Praxis hat bei Gedenkstätten teils zu Verärgerung geführt.

Nach Einschätzung des Internationalen Suchdienstes wird es noch rund ein Jahr dauern, bis es zu einer vollständigen Öffnung des Archivs kommt. Ein Abkommen, das die künftige Nutzung regelt, sollte bis dahin von den Parlamenten aller elf beteiligten Staaten ratifiziert sein. Auch der technische Zugriff auf die Dokumente dürfte dann erheblich leichter fallen. Bis Ende 2007 soll der Aktenbestand weitgehend digitalisiert vorliegen. (ddp) 23.11.2006

- Verletzende Angriffe auf Schüler jüdischen Glaubens gehören nach Angaben des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, in der Hauptstadt schon beinahe zum Alltag. «Wir hören regelmäßig von verbalen und physischen Attacken», sagte Joffe der Nachrichtenagentur ddp. «Es ist zudem Realität, dass jeden Tag das Wort Jude tausendfach als Schimpfwort benutzt wird und die Beteiligten dies als normalste Sache der Welt betrachten.»

Die Übergriffe kommen seinen Angaben nach aus allen Ecken der Gesellschaft, in letzter Zeit aber verstärkt von Jugendlichen aus Migrantenfamilien, oft mit arabischem Hintergrund. «Das Wort Jude wird dabei zum Synonym für Beschimpfungen sexueller und rassistischer Natur», sagte Joffe. Er unterstrich: «Und Beschimpfungen sind nur eine Vorstufe der physischen Gewalt.» Wegen der Attacken seien nur noch wenige Gemeindemitglieder bereit, offen ihr Judentum zu leben. «Die Kette mit dem Davidstern oder die Kippa sind in der Berliner Öffentlichkeit so gut wie gar nicht mehr zu sehen», beklagte Joffe. Er hob hervor, dass Lehrinhalte im Kampf gegen Antisemitismus vor allem an den Gymnasien behandelt würden und nur unzureichend an Real- und Hauptschulen. An diesen Schulzweigen habe es im letzten Jahr jedoch zunehmend antisemitische Äußerungen oder Attacken gegeben. Vor allem muslimische Schüler reagierten auf den Konflikt in Nahost mit antisemitischen Beschimpfungen auf Mitschüler jüdischen Glaubens. Lehrer und Politiker seien daher gefordert, besser über den Nahost-Konflikt aufzuklären und darzustellen, dass es in der jüdischen Gemeinde nicht nur Unterstützer der israelischen Regierung sondern auch Kritiker gebe. Nötig seien zudem nicht nur Anti-Konflikt-Teams, unter den Schülern müssten gezielt Antirassismusbeauftragte benannt werden. Der Kampf gegen Antisemitismus ist nach Joffes Überzeugung nicht nur das Problem der jüdischen Gemeinschaft. «Ein Angriff auf die jüdische Minderheit ist immer auch ein Angriff auf die Demokratie.» (ddp) 25.11.2006

- Der Zentralrat der Juden begrüßt die Einigung zwischen der Deutschen Bahn und dem Bundesverkehrsministerium zu einer Wanderausstellung über die Deportation von Juden während der NS-Zeit. Dies sei «ein erster und wichtiger Schritt auf dem Weg der Realisierung des Projekts», sagte die Präsidentin des Zentralrats, Charlotte Knobloch, am Freitag in Berlin. Bahn und Ministerium hatten sich nach langer Debatte darauf verständigt, die Schau auch auf Bahnhöfen zu zeigen. (ddp) 01.12.2006
- Licht fällt durch ein Fenster an der Decke. Das Fenster hat die Form eines Davidsterns. Es zieht alle Blicke auf sich, ist Mittelpunkt der neuen Synagoge an der Steinstraße. Hell ist es in der Synagoge. Deckenlichter und große Glasfenster beleuchten den Raum. "Wir sind so glücklich über die Fertigstellung", sagte Renate Wagner-Redding, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Braunschweig. Da die Jüdische Gemeinde Braunschweig in den letzten Jahren auf 200 Mitglieder angewachsen ist, reichte der bisherige Synagogenraum im Gemeindehaus

nicht mehr aus. In der neuen Synagoge finden nun alle 200 Mitglieder Platz. Der Raum befindet sich auf dem Hof des Gemeindehauses. "Wir haben uns bewusst entschieden, an diesem Ort zu bleiben", sagte Renate Wagner-Redding. "Es ist ein Ort schmerzlicher Erinnerungen. Ein Ort, der uns an eine menschenverachtende Zeit denken lässt."

Die im Jahr 1875 fertig gestellte Synagoge an der Knochenhauerstraße wurde 1938 in der Pogromnacht von den Nationalsozialisten gesprengt. Die Reste des Gotteshauses wurden 1940 abgetragen, wenig später entstand ein Bunker. "Wir sind durch die schlimme Vergangenheit so sehr mit diesem Ort verbunden, dass kein anderer Platz für die neue Synagoge in Frage kam", sagte Renate Wagner-Redding. Der Architekt Klaus Zugermeier aus Oldenburg hat in Zusammenarbeit mit dem Braunschweiger Architekten Fouad Richi die Geschichte des Ortes in seinem Entwurf berücksichtigt. Der Bau schmiegt sich an die alte Brandmauer und an eine Wand des Bunkers. "Diese Erinnerung soll zu sehen bleiben", sagt Zugermeier. Die beiden Wände laufen spitz aufeinander zu. Die Achse zeigt in Richtung Jerusalem, zum Tempelberg. Die Decke der Synagoge wird von sieben schmalen Säulen gestützt. "Das vermittelt den Eindruck, als sei der Raum ein Zelt", sagt Zugermeier.

An den Kosten von rund 600 000 Euro beteiligten sich die Stadt, mehrere Stiftungen und private Spender. "Die Synagoge ist ein Zeichen dafür, dass jüdische Mitbürger unbeschwert ihren Glauben leben können", sagte Niedersachsens Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann.

Der Bischof der Braunschweigischen Landeskirche, Friedrich Weber, betonte die Verbundenheit von Christen und Juden. Oberbürgermeister Gert Hoffmann bezeichnete die Einweihung als einen bedeutenden Tag. "Die Gemeindemitglieder haben damit der gesamten Stadt etwas Gutes getan." Sandra Sliepen 06.12.2006

- Nach dem Kölner Kardinal Joachim Meisner hat sich nun auch der Rabbiner der jüdischen Gemeinde von Düsseldorf gegen multireligiöse Feiern ausgesprochen. Es sei notwendig, die Unterschiede zwischen dem Christentum und Judentum deutlich zu machen, statt die religiösen Grenzen zu vermischen, sagte Rabbiner Julien-Chaim Sussan am Montag im Deutschlandradio Kultur. Seiner Auffassung nach sei es wichtig, sich in einer multikulturellen Gesellschaft darüber klar zu werden, "dass der andere nicht so sein muss wie ich, damit ich ihn akzeptiere", sagte Sussan. Gerade vor dem Hintergrund von Weihnachten machten die Juden eine "Absage an die Assimilation und an die Kulturvermischung". Die Integration in die Gesellschaft sei zwar erwünscht und sinnvoll. Aber besonders im religiösen Bereich sollte diese Trennung sehr scharf gezeichnet werden. (AFP) 18.12.2006

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- 14 Millionen Juden weltweit begehen ihren wichtigsten Feiertag - Jom Kippur am 02. Oktober. Jom Kippur bedeutet Versöhnungstag und beendet die Yamim Noraim, die so genannten "ehrfürchtigen Tage", die mit dem Rosch ha-Schanah, dem Neujahrsfest begannen. Der Vorsitzende der deutschen Rabbinerkonferenz Dr. Henry Brandt erklärt, worum es beim Jom Kippur geht: "Jom Kippur ist kein Feiertag, er ist ein Fasttag, es ist sogar ein Tag der Erleichterung, der Freude, denn man lebt in der Zuversicht, dass am Ende Gottes Vergebung in seiner Barmherzigkeit uns offen steht. Jom Kippur bedeutet Versöhnungstag und ist Höhepunkt und Ende einer Zeit von 10 Tagen, die hauptsächlich der persönlichen Introspektion und kritischen Selbstanalyse gewidmet ist. Das heißt der Mensch ist ausgerufen, mit sich selbst ins Gericht zu gehen und zu Gottes Wegen zurück zu kehren, also zu einem moralischen Lebenswandel. "Eine politische Versöhnung bringe dieser Tag wohl kaum, auch wenn man dies hoffe, schätzt Brandt. Aber man müsse schon sehr naiv sein, wenn man meine, "dass ein Tag irgendwann im Jahr, der der Idee der Versöhnung gewidmet ist, Änderungen im politischen Umfeld bewirkt, der Gedanke müsste bei allen Menschen wirksam werden, das heißt bei allen Kontrahenten. Man könnte sich schon vorstellen, dass irgendwie und irgendwann auf allen Seiten solch eines Konfliktes etwas mehr Weisheit, Zurückhaltung und die Bereitschaft zur Versöhnung oder wenigstens ein Beginn entsteht. Das wäre zu hoffen. Der Versöhnungstag wird keine dramatische Wende bringen, aber er könnte in den Menschen etwas bewegen, darüber nachzudenken, was man auch in der Politik in dieser Hinsicht tun könnte." 02.10.2006

- In Jerusalem findet eine zweitägige Konferenz zum Thema jüdisches, israelisches und kirchliches Recht statt. Experten aus aller Welt kommen zusammen, um über das Verhältnis von Staat und Religion zu diskutieren. Die Konferenz nimmt Bezug auf einen Artikel im Grundabkommen zwischen Heiligem Stuhl und dem Staat Israel. Dieser Artikel besagt, dass der Bildungs-, Kultur- und Forschungsaustausch zwischen israelischen und katholischen Instituten weltweit zu fördern sei. Die Konferenz geht auf eine Initiative verschiedener römischer Universitäten und der hebräischen Universität von Jerusalem zurück. (asianews) 16.10.2006
- Im Westjordanland haben israelische Archäologen eine der ältesten Kirche des Heiligen Landes entdeckt und freigelegt. Der antike Bau aus dem vierten Jahrhundert zu Füßen des Wohnhügels von Schiloh befindet sich nach israelischen TV-Bildern in sehr gutem Erhaltungszustand. Besonders bemerkenswert ist ein großes buntes Mosaik mit griechischen Inschriften, die etwa "Jesus, Herr, Messias, erbarme dich der Bewohner von Schiloh" lauten. Exklusiv berichtete der erste Kanal des israelischen Fernsehens über den Fund. Bereits vor einem Jahr hatte die Entdeckung einer angeblich "ältesten Kirche überhaupt" im Gefängnis von Megiddo im Norden Israels für Aufsehen gesorgt. (kna) 29.11.2006
- Papst Benedikt XVI. hat Juden, Christen und Muslime im Nahen Osten erneut zu verstärkten Friedensbemühungen aufgefordert. Voraussetzung für ein Ende der Konflikte sei ein ehrlicher Dialog der Glaubensgemeinschaften, sagte er bei einer Begegnung mit Vertretern der jüdischen Organisation B'nai B'rith: "Alle Gläubigen stehen vor der Herausforderung zu zeigen, dass nicht Hass und Gewalt, sondern Verständnis und friedliche Zusammenarbeit die Tür zu einer gerechten und friedlichen Zukunft öffnen. Viel ist in den letzten vier Jahrzehnten in den jüdisch-katholischen Beziehungen erreicht worden. Wir müssen dankbar für die bemerkenswerte Verwandlung sein, die auf der Grundlage unseres gemeinsamen geistigen Erbes stattgefunden hat. Juden und Christen sind aufgerufen, gemeinsam spirituelle und moralische Werte zu fördern. Wenn wir ein klares Beispiel fruchtbarer Zusammenarbeit liefern, wird unser Eintreten für die Nöte der menschlichen Familie umso überzeugender." (rv) 18.12.2006
- Die Einwanderung von Juden nach Israel ist auf den niedrigsten Stand seit 1988 gesunken, als die Sowjetunion erstmals die Auswanderung erlaubte. Etwa 21.000 Juden immigrierten 2006 nach Israel, berichtet der Informationsdienst Crosswalk unter Berufung auf die Einwanderungsbehörde. Im Jahr davor waren es noch 22 657. Beobachter vermuten als Ursachen für den Rückgang die Kriegsgefahr im Nahen Osten und den palästinensischen Terrorismus. Nach Angaben der israelischen Statistikbehörde hat der Staat derzeit 7,1 Millionen Einwohner. Mehr als drei Viertel von ihnen – 5,4 Millionen – sind Juden. (idea) 01.01.07
- Die Kirchenführer in Jerusalem haben ihren Willen zur Einheit bekundet. Beim Weihnachtsempfang des Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Michel Sabbah, für die Vertreter der christlichen Kirchen in der Stadt riefen Patriarchen und Metropoliten in ihren Grußworten zu freundschaftlichem Miteinander und einem glaubwürdigen Zeugnis für den Frieden auf. Orthodoxe, altorientalische und protestantische Kirchenrepräsentanten waren der Einladung ins Lateinische Patriarchat gefolgt. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III., unterstrich die besondere Verantwortung der Christen im Heiligen Land. Die Kirchen seien zunächst berufen, die heiligsten Stätten der Christenheit, vor allem das Grab Jesu und die Geburtsgrötte in Bethlehem, zu bewahren. Zum anderen hätten sie die Pflicht, die einheimischen Christen in ihrer schwierigen Lage zu unterstützen. Sabbah betonte in seiner Antwort die Aufgabe der Kirchen im Heiligen Land, die Pilger an den heiligen Stätten mit einer Atmosphäre des Gebets zu empfangen. Die Pilger dürften von den Unterschieden unter den Kirchen nicht abgeschreckt werden. Der evangelische Propst Uwe Gräbe wies darauf hin, dass die Situation der Region schon bei der Geburt Jesu schwierig gewesen sei. (kna) 2.1.2007

3. Personen

- Die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, ist für weitere vier Jahre in ihrem Amt bestätigt worden. Das Präsidium des Zentralrats votierte in Düsseldorf einstimmig für Knobloch sowie für die beiden Vizepräsidenten Salomon Korn und Dieter Graumann, wie Generalsekretär Stephan J. Kramer auf ddp-Anfrage mitteilte. Es gab eine Enthaltung. Neu ins Präsidium wurde der Vorsitzende der Brandenburger jüdischen Gemeinde, Feliks Byelyenkow gewählt. Er ersetzt Albert Meyer aus Berlin. Knobloch war am 7. Juni als Nachfolgerin des verstorbenen Paul Spiegel zunächst für die noch verbleibende Legislaturperiode zur Zentralratspräsidentin gewählt worden. (ddp) 19.11.2006
- Christina Rau ist mit dem Zukunftspreis der Israelstiftung ausgezeichnet worden. Die Witwe des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau erhielt in der Alten Synagoge in Essen die mit 10 000 Euro dotierte Auszeichnung. Der Zukunftspreis wurde dieses Jahr zum ersten Mal verliehen, wie die Stiftung am Donnerstag mitteilte. Mit der Auszeichnung werde Christina Raus «beispielhafter Einsatz für Israel und die besonderen deutsch-israelischen Beziehungen gewürdigt», hieß es. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Johannes Gerster, sagte in seiner Laudatio, die Unterstützung und Kraft, die Frau Rau «still und ohne öffentliche Wahrnehmung» gegeben habe, könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Gesandte der Israelischen Botschaft, Ilan Mor, würdigte Rau als «tatkräftige, wenngleich stille Vermittlerin». Die Israelstiftung wurde 2005 in Münster gegründet. Unter dem Motto «Für das Erinnern. In Zukunft» fördert sie Initiativen, Projekte und Aktionen, die der Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen dienen.
- Teddy Kollek ist tot. Der frühere Bürgermeister von Jerusalem starb im Alter von 95 Jahren. Kollek war 1911 in einem Dorf bei Budapest geboren worden und in Wien aufgewachsen. Der sozialdemokratische Politiker der Arbeiterpartei war fast 30 Jahre lang Bürgermeister von Jerusalem. Wie kaum ein anderer israelischer Politiker setzte sich Kollek für die Versöhnung zwischen Juden und Arabern ein. Die Verdienste Kolleks um die christlich-jüdische Begegnung würdigte der Wiener Kardinal Christoph Schönborn. (agenturen) 2.1.2007

4. Bücher

Frankenstein, Ruben (Hg.) / Rappenecker, Monika (Hg.) Mit Toleranz und Offenheit. Literarische Porträts, 252 S., Pb 15,4 x 22,8 cm, 38,00 € ISBN 3-7930-9468-5 erschienen im September 2006

Ein Schwerpunkt bei der Auswahl der Porträtierten bilden solche Schriftsteller, die zu Unrecht vergessen oder verkannt wurden. Zumeist waren dies Schriftsteller, die von den Nationalsozialisten verfehmt, verfolgt und verbrannt wurden, die ins Exil fliehen mussten oder in Israel eine neue Heimat finden konnten. Mit den hier vorgelegten Texten ist der Wunsch verbunden, Situation und Eigenart dieser Schriftsteller jüdischer Herkunft heutigen Lesern näher zu bringen, verständlich zu machen und zur eigenen Lektüre anzuregen.

Hans Hermann Henrix, Judentum und Christentum. Gemeinschaft wider Willen., 227 S. Topos Plus Taschenbücher, Band 525, 2004. 10,90 €. ISBN 3-7867-8525-2

In diesem Band wird der Dialog zweier Weltreligionen beschrieben, die in einer besonderen Verbindung stehen und einander Wesentliches verdanken: die Christen in ihrem Ursprung, die Juden in der weltweiten Verbreitung ihrer religiösen Kultur.

Zwei Zugänge gibt es: einen historischen, der 2000 Jahre einer spannungsreichen Geschichte durchstreift, die sich im Antisemitismus verfestigt hat, und einen systematischen, der die wichtigsten Konfliktthemen bearbeitet: Bundestheologie, Heilsfrage, Messiaserwartung, Inkarnationsglaube. Das fundierte und detaillierte Werk ist für jeden an der jüdisch – christlichen Verständigung Interessierten notwendig, aber auch ein Lehrstück über den interreligiösen Dialog überhaupt. (Klappentext) Unbedingt lesenswert.